

Berliner SPD will Mietobergrenzen für Erwerbslose kürzen

Nach der Novellierung des SGB II in diesem Jahr ist eine landesrechtliche Regelung zu den Kosten für die Unterkunft für ALG II – Bezieher nötig. Seit Monaten weigert sich die SPD, die notwendigen Anpassungen gegenüber der alten AV – Wohnen vorzunehmen. DIE LINKE hat ein entsprechendes Konzept vorgelegt, dass auf Basis des Mietspiegels erarbeitet wurde und auch dem BSG – Urteil vom Oktober 2010 gerecht wird. Die SPD verweigert sich hartnäckig.

Im Gegenteil: Die SPD will beispielsweise den anerkannten Höchstwert für die Bruttowarmmiete bei Ein – Personen – Haushalten von **378 €** auf **370 €** kürzen.

Notwendig wäre aber eine Anhebung auf **443,50 €**, die sich aus dem aktuellen Mietspiegel ergeben. Selbst, wenn man die merkwürdigerweise angeblich gesunkenen Werte von 2010 bei den Betriebsneben- und Heizkosten übernehmen würde, ergäbe dies noch einen Richtwert von **411,00 €**.

Sollte die SPD nach den Wahlen am 18. September mit einem neuen Koalitionspartner (CDU oder Grüne) den neuen Senat bilden, hätte dies zur Folge, dass in den kommenden Jahren viele Erwerbslose und Aufstocker ihre Wohnungen, und damit ihr soziales Umfeld verlassen müssten.

DIE LINKE.

BAG Hartz IV

zur Interessenvertretung der Erwerbslosen
und prekär Beschäftigten in und bei der Partei DIE LINKE

Steigende Mieten in Berlin sind ein drängendes Thema. Was jede und jeder aus dem eigenen Umfeld kennt, wird durch etliche Untersuchungen bestätigt: für Familien oder Alleinstehende mit niedrigem und mittlerem Einkommen wird es in Berlin immer schwieriger, bezahlbare Wohnungen zu finden. Die SPD hat das Mietenthema in den vergangenen Jahren weitgehend ignoriert und erst jetzt im Wahlkampf entdeckt. Seit Jahren versuchen wir mit der SPD voranzukommen, um die Verdrängung von Menschen mit geringen bis mittleren Einkommen aus ihren Kiezen und den Innenstadtbezirken zu verhindern. Wir stehen dafür, die für Berlin so wichtige soziale Mischung der Kieze zu verteidigen. Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) dagegen ignoriert die zunehmende Verdrängung und verweist notorisch auf eine angeblich hohe Zahl von leerstehenden Wohnungen (die von Experten bestritten wird). Für die LINKE ist klar: So kann es nicht weitergehen. Wir als LINKE beharren darauf, dass die Stadt für alle bezahlbar sein muss. Menschen aller Einkommensgruppen müssen in allen Kiezen leben können.

Dort wo wir als Senatsverwaltung für Soziales die Verantwortung tragen, nämlich bei den Mietkosten für Empfängerinnen und Empfänger von Hartz IV, Grundrente und Sozialhilfe, führen wir eine harte Auseinandersetzung mit unserem Koalitionspartner SPD. Dabei geht es um insgesamt rund 600.000 Menschen in der Stadt.

Schon vor zwei Jahren forderten wir die SPD auf, die Richtwerte für die zugelassenen Wohnungskosten den Realitäten auf dem Wohnungsmarkt anzupassen und Maßnahmen zu ergreifen, um die Verdrängung der Menschen aus ihren Wohnungen zu verhindern und zwar für alle Wohnungs- bzw. Haushaltsgrößen. Ende März 2011 trat eine Änderung des Sozialgesetzbuches II in Kraft. Jetzt müssen die Länder die so genannten "Kosten der Unterkunft" neu regeln. Schon zuvor hatte das Landessozialgericht Berlin-Brandenburg höhere Richtwerte angemahnt.

Wer als Hartz IV - Betroffener am 18. September nicht DIE LINKE wählt, handelt gegen seine eigenen Interessen!